

Anhänge zur Anlage 11
Auswertung von außerhalb der Beteiligungsfristen
vorgetragenen Gutachten und Stellungnahmen

- Stellungnahme von Rechtsanwalt**
Dr. Niederstadt für Pro Teuto e.V. –



Dr. Frank Niederstadt
Rechtsanwalt

Rechtsanwalt Dr. Frank Niederstadt · Sonnenweg 16 · 30171 Hannover

Bürgerinitiative Pro Teuto e.V.
Postfach 1422
49514 Lengerich

Unser Zeichen: D1/D2525
Sekretariat: Ayfer Gecit
29.01.2018

Dr. jur. Frank Niederstadt
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Diplom-Biologe
Mediator
Lehrbeauftragter an der
Leibniz Universität Hannover

Sonnenweg 16
30171 Hannover

Tel. 0511 89972 32
Fax 0511 89972 41

www.Rechtsanwalt-Niederstadt.de
E-Mail: f.niederstadt@web.de

Konto 4423927
Deutsche Bank Hannover
BLZ 250 700 24

In Kooperation mit:

Jürgen Niederstadt
Steuerberater
Sonnenweg 16
30171 Hannover

**Stellungnahme zu den in den Ausgleichsvorschlägen der Bezirksregierung gem. „Synopsis
der Anregungen und Bedenken der Verfahrensbeteiligten“ vom 15.01.2018 vertretenen
Rechtsauffassungen**

Nach Prüfung der in der Synopse enthaltenen „Ausgleichsvorschläge“ ist zusammenfassend festzustellen, dass bei den Themen „Erforderlichkeit einer auf die erneut ausgewiesenen Abgrabungsbereiche auf dem Gebiet der Stadt Lengerich bezogenen FFH-Verträglichkeits- und Umweltprüfung auf Regionalplanebene“ keinerlei Entgegenkommen der Bezirksregierung festzustellen ist.

Im Einzelnen:

1. Räumliche Ausdehnung der auf dem Gebiet der Stadt Lengerich festgelegten Abgrabungsbereiche

Hierzu teilt die Bezirksregierung auf S. 131 und 155 der Synopse mit:

„Die auf dem Gebiet der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen festgelegten Abgrabungsbereiche entsprechen bereits genehmigten Flächen.“

Diese Tatsache ändert im Ergebnis nichts an der rechtlichen Bewertung in meinem Gutachten vom Februar 2017, welches den Stellungnahmen der LANU (BI Pro Teuto) sowie des Landesbüros der Naturschutzverbände zugrunde gelegen hat. Die in meinem Gutachten festgestellte Erforderlichkeit einer auf die erneut ausgewiesenen Abgrabungsbereiche bezogenen FFH-Verträglichkeits- und Umweltprüfung ergibt sich vor allem daraus, dass die vorhandenen Genehmigungen sich nur auf eine bestimmte Abbautiefe beziehen, eine weitere Vertiefung der Steinbrüche aufgrund späterer Genehmigungen aber mangels regionalplanerischer Festlegungen zur zulässigen Abbautiefe nicht ausschließen und diese zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit über 35 Jahre gem. Ziel 9.2-2 LEP NRW 2016 sogar erforderlich ist. Die möglichen Auswirkungen einer solchen Vertiefung insbesondere auf das angrenzende FFH-Gebiet DE-3813-302 hätten daher bereits auf Regionalplanebene geprüft werden müssen.

2. Fehlende Umweltprüfung für die erneut dargestellten BSAB

Zur fehlenden Einbeziehung der erneut ausgewiesenen Abgrabungsbereiche in die Umweltprüfung des Sachlichen Teilplans Kalkstein äußert sich die Bezirksregierung auf S. 155 der Synopse nur mit einem einzigen Satz:

„Die Umweltprüfung ist bereits auf Genehmigungsebene vorgenommen worden.“

Dass die im Rahmen einzelner Genehmigungsverfahren vorgenommenen Umweltprüfungen die gem. § 9 Abs. 1 ROG (in der vorliegend einschlägigen Fassung von 2008) auf Regio-

nalplanebene durchzuführende Umweltprüfung nicht ersetzen können, ergibt sich bereits im Umkehrschluss aus § 9 Abs. 3 ROG. Danach können allenfalls in anderen das Plangebiet ganz oder teilweise umfassenden Plänen oder Programmen durchgeführte Umweltprüfungen die auf Raumordnungsebene durchzuführende Umweltprüfung teilweise ersetzen.

Es bleibt daher in diesem Punkt bei der rechtlichen Bewertung auf S. 6 ff. meines Gutachtens vom Februar 2017, wonach eine Erstreckung der Umweltprüfung im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalk auf die erneut ausgewiesenen Abgrabungsbereiche „Hohne“ und „Höste“ unter Einbeziehung der durch eine spätere Tieferlegung der Steinbrüche verursachten Umweltauswirkungen gem. § 9 Abs. 1 ROG erforderlich ist. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass auch gem. Anl. 1 Ziff. 2 b) ROG eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung als zwingender Bestandteil des Umweltberichts vorgegeben ist. Eine solche muss die durch den Raumordnungsplan nicht ausgeschlossene weitere Vertiefung innerhalb des ausgewiesenen „BSAB“ notwendigerweise berücksichtigen.

3. Erforderlichkeit und Inhalt einer auf Regionalplanebene durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung für die im Entwurf des STK erneut dargestellten Abbaubereiche für Kalkstein im Teutoburger Wald

a) Erforderlichkeit einer FFH-Verträglichkeitsprüfung

Zur Notwendigkeit der Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung hinsichtlich des im Entwurf des „Sachlichen Teilplans Kalkstein“ erneut ausgewiesenen Abbaubereiches Lenge rich-Hohne gem. § 7 Abs. 6, 7 ROG erläutert die Bezirksregierung auf S. 156 der Synopse Folgendes:

„Das Unternehmen Dykerhoff hat Unterlagen vorgelegt, nach denen eine Vertiefung des Rohstoffabbaus im Steinbruch „Hohne“ möglich ist. Der Rohstoff steht noch in hoher Mächtigkeit an, das hydrogeologische Gutachten aber belegt, dass ein Abbau nur bis zu einer bestimmten Tiefe möglich ist, da sonst die Quellbereiche beeinträchtigt werden könnten. Die Aussagen des

Gutachtens werden von der Oberen Wasserbehörde bestätigt. Danach kann ein Rohstoffabbau auch unterhalb der genehmigten Abbautiefe grundsätzlich erfolgen.“

Auf S. 136 ergänzt sie:

„Auf Ebene der Regionalplanung wird die flächenmäßige Ausdehnung eines Abgrabungsbereiches festgelegt, nicht die Abbautiefe. Daher ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für die etwaige Tieferlegung des Steinbruches „Hohne“ auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Diese Auffassung teilt die Landesplanungsbehörde.“

Die Tieferlegung bedarf einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Selbstverständlich ist in dem Verfahren eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.“

Weiter auf S. 137:

„Nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP) soll eine „vollständige Gewinnung eines Rohstoffes erfolgen (Grundsatz 9. 1-3). Diese Festlegung ist bewusst als Grundsatz formuliert, denn auf Regionalplanebene kann dies nicht abschließend beurteilt werden. Andererseits ist die Regionalplanungsbehörde durch den LEP verpflichtet, den vollständigen Rohstoffabbau bei der Versorgungssicherheit zu berücksichtigen. Dieser Verpflichtung ist sie durch die Berücksichtigung des Rohstoffvolumens, welches nach Angaben des Unternehmens durch eine Tieferlegung zur Verfügung steht und durch die Plausibilitätsprüfung der dazu vorgelegten Unterlagen nachgekommen.“

Und auf S: 139 f:

„Wenn Projekte mehrere Planungs-/Genehmigungsebenen durchlaufen, ist die FFH-Verträglichkeit jeweils der Maßstabsebene angepasst abgestuft vorzunehmen. Für die Planungsebene des Regionalplans, der keine Abbautiefen festlegt, sind die Aussagen der genannten Gutachten ausreichend. Mit konkreten Abbautiefen und ihren möglichen Auswirkungen auf die Schutzziele des FFH-Gebietes würde sich die FFH-VP auf Ebene eines nachfolgenden Genehmigungsverfahrens befassen. Die Aussagen des Gutachtens wurden vom Dez. 54 als nachvollziehbar und für diese Planungsebene ausreichend bewertet.“

Bereits die eigene Argumentation der Bezirksregierung zeigt den inneren Widerspruch der dem Regionalplanentwurf zugrundeliegende Entscheidung, die ausgewiesenen Abbaubereiche mit ihrem gesamten Rohstoffvolumen in Hinblick auf die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen, obwohl nach den von der Bezirksregierung selbst für plausibel erachteten Gutachten ein Abbau im Bereich des Steinbruchs „Hohne“ nur bis zu einer bestimmten Tiefe FFH-verträglich ist. Sie geht auch insofern von einer falschen Voraussetzung aus, als Grundsatz. 9.1-3 des Landesentwicklungsplanes (sowohl in der alten als auch in der seit dem 25.01.2017 geltenden aktuellen Fassung) keineswegs eine uneingeschränkte Gewinnung eines Rohstoffes fordert.

Der Grundsatz lautet vielmehr:

*„Der Rohstoffabbau soll im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung möglichst umweltschonend erfolgen und sich aus das Maß beschränken, das den ökonomischen und sozialen Erfordernissen entspricht. **Nach Möglichkeit** (Hervorhebung d. Unterz.) sollen eine flächensparende und vollständige Gewinnung eines Rohstoffes und eine gebündelte Gewinnung aller Rohstoffe einer Lagerstätte erfolgen.“*

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz steht weiterhin:

„Der begrenzte Vorrat an Bodenschätzen und der mit der Gewinnung von Bodenschätzen verbundene Eingriff in Natur und Landschaft gebietet eine möglichst vollständige Gewinnung der Rohstoffe, sofern nicht der Verzicht auf eine vollständige Ausbeutung im Einzelfall zur Minderung des Eingriffs und zum ökologischen Ausgleich unmittelbar an der Abgrabung geboten ist.“

In Hinblick auf die mögliche Beeinträchtigung der Kalktuffquellen hätte daher bereits aufgrund der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes untersucht werden müssen, inwieweit der Abbau möglich bzw. ein Verzicht auf die vollständige Ausbeutung des Rohstoffvorkommens zur Minderung der Beeinträchtigung des FFH-Gebiets rechtlich geboten gewesen wäre. Dies hätte nach den Vorgaben des § 7 Abs. 6 ROG i. V. m. § 34 Abs. 1 BNatSchG, welcher gem. 36 S. 1 Nr. 2 BNatSchG auch auf Pläne anzuwenden ist, die bei behördlichen Entscheidungen zu beachten und zu berücksichtigen sind, die Durchführung einer die gesamte im Entwurf des STK ausgewiesenen Abbaufäche erfassenden FFH-Verträglichkeitsprüfung

erfordert. Ohne eine solche liegt ein Ermittlungsdefizit in Hinblick auf die im LEP geforderte Versorgungssicherheit vor, welcher den Entwurf des STK insofern zumindest abwägungsfehlerhaft und damit rechtswidrig macht.

Dass eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für den BSAB Lengerich-Hohne in Hinblick auf die regionalplanerisch mögliche Vertiefung des dort vorhandenen Steinbruchs bereits auf Planungsebene rechtlich erforderlich war, ergibt sich aus der dem Umweltbericht zum Entwurf des STK zugrunde gelegten FFH-Verträglichkeitsstudie der Firma Bosch & Partner (2016). Auf S. 42 dieser Studie steht folgender Satz:

„Um eine auf dieser Planungsebene nicht gänzlich auszuschließende Beeinträchtigung des prioritären LRT 7220 Kalktuffquellen zu vermeiden sind im Genehmigungsverfahren zur Tieferlegung des aktuellen Tagebaus Lengerich Hohne die potenziellen Beeinträchtigungen vertiefend zu untersuchen und soweit erforderlich, geeignete Schadensbegrenzungsmaßnahmen vorzusehen.“

Wie bereits in meinem Gutachten vom Februar 2017 auf S. 11 f. ausgeführt, hat eine FFH-Verträglichkeitsprüfung immer dann zu erfolgen, wenn Zweifel hinsichtlich des Fehlens erheblicher Auswirkungen eines Plans bzw. Projekts auf ein FFH-Gebiet bestehen. Wenn diese Zweifel, wie von Bosch und Partner festgestellt, bereits auf Planungsebene bestehen, muss eben auf dieser Ebene auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

b) Inhalt und Reichweite der durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung

Zum Untersuchungsumfang einer auf Regionalplanebene durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung äußert sich die Bezirksregierung im Zusammenhang mit der Kritik an der dem Umweltbericht im Anhang C zugrunde gelegten FFH-Verträglichkeitsstudie, welche im Zusammenhang mit dem Erweiterungsantrag der Firma Dykerhoff für den Steinbruch Hohne angefertigt wurde, wie folgt:

(1) Reichweite der Prüfung

(a) Einbeziehung der bereits vor 2004 genehmigten und teilweise abgegrabenen Flächen

Die im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für den STK durchgeführte FFH-Verträglichkeitsprüfung lässt die bereits im alten Regionalplan ausgewiesenen Abbaubereiche hinsichtlich ihrer Einwirkungen auf das angrenzende FFH-Gebiet DE 3813-302 lt. Stellungnahme der Bezirksregierung aus folgenden Gründen außer Betracht:

„Die auf dem Gebiet der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen festgelegten Abgrabungsbereiche entsprechen bereits genehmigten Flächen. Es ist daher auf Ebene der Regionalplanung keine FFH-VP durchzuführen und somit auch keine Summationsbetrachtung erforderlich“ (S. 180).

„Da die Abgrabungen vor 2004 genehmigt wurden, sind die noch nicht abgegrabenen Bereiche (die außerhalb des FFH-Gebietes liegen), in der FFH-VP für die LRT nicht als Summation einzustellen.“

„Da für die Wiederdarstellung der bereits im alten Regionalplan dargestellten BSAB, für die Genehmigungen vorliegen, keine FFH-VP durchgeführt werden musste, ist für diesen Bereich auch keine Summationsbetrachtung erforderlich“ (S. 221).

Die vorliegenden Abtragungsgenehmigungen für den Tagebau Lengerich-Hohne decken nur einen Versorgungszeitraum bis 2027 ab (FFH-VU Bosch & Partner 2016 S. 41), so dass Gegenstand der auf Regionalplanebene durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung vorrangig die zur Erreichung der Versorgungssicherheit gebotene und insofern im Regionalplan auch bereits berücksichtigte Vertiefung sein muss. Die grundsätzlich projektbezogene Betrachtung der FFH-Verträglichkeitsprüfung kann aber nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht losgelöst von dem Zustand des zu schützenden Gebietsbestandteils und der Einwirkungen, denen die zu schützenden Lebensräume und Arten von anderer Seite ausgesetzt sind, erfolgen (BVerwG, Beschl. v. 10.11.2009 – 9 B 28.09 – Rn. 3) Kumulierende

Auswirkungen bereits genehmigter und auch vollzogener Vorhaben sind daher als Vorbelastungen in die FFH-Verträglichkeitsprüfung einzubeziehen (Möckel in: Schlacke, GKBNatSchG, 2. Aufl., § 34 Rn. 98 f. m. w. N.).

Darauf, dass die Genehmigungen für die bereits abgegrabenen Bereiche vor der Ausweisung des FFH-Gebietes DE 3813-302 im Jahre 2004 erteilt wurden, so dass für diese noch keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden musste, kommt es rechtlich schon deshalb nicht an, da für die kumulative Betrachtung die rein tatsächlichen Auswirkungen der erteilten Genehmigungen auf die Schutzgüter des mittlerweile ausgewiesenen FFH-Gebietes maßgeblich sind. Zudem entspricht die Wiederdarstellung der bereits im alten Regionalplan ausgewiesenen Abgrabungsbereiche rechtlich einer Neudarstellung (vgl. S. 7 f. meines Gutachtens vom Februar 2017), so dass die im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans durchzuführende FFH-Verträglichkeitsprüfung auf der Grundlage der aktuellen Sach- und Rechtslage die ausgewiesenen Abgrabungsbereiche in ihrer gesamten Ausdehnung hinsichtlich der Auswirkungen des dort möglichen (und teilweise bereits erfolgten) Rohstoffabbaus auf das angrenzende FFH-Gebiet berücksichtigen muss.

(b) Erstreckung der Prüfung auf weitere, über die Beeinträchtigung der Kalktuffquellen hinausgehende Folgen des Abbaus

Nach Einschätzung der Naturschutzverbände wäre die durchzuführende FFH-Verträglichkeitsprüfung auf folgende Beeinträchtigungen von Schutzzielen des FFH-Gebiets durch Auswirkungen der Planung zu erstrecken (vgl. S. 148 f. der Synopse):

- Großflächiger Verlust von Orchideen-Kalk-Buchenwald (LRT 9150);
- Großflächiger Verlust von Waldmeisterbuchenwald (LRT 9130);
- Verlust von Erlen-Eschen-Auenwäldern (LRT 91E0*);
- Beeinträchtigung der Bechsteinfledermaus durch Verlust von Jagdgebieten und Baumquartieren;
- Beeinträchtigung des Großen Mausohres durch Verlust von essentiellen Jagdhabitaten;
- Beeinträchtigung des Hirschkäfers durch Verlust von essentiellen Bruthabitaten;

- Fortgesetzte Störung aller Lebewesen durch regelmäßige Sprengungen, die weit über die eigentlichen Abbauparzellen hinauswirken;
- Zerschneidung des Waldkorridors in unüberwindbare Flächen für Kleinstlebewesen;
- Verlust der Korridorfunktion des Waldmeisterbuchenwaldes.

Die Stellungnahme der Bezirksregierung lautet (S. 149):

„Der Anregung, die habitatschutzrechtlichen Prüfungen auf sämtliche Folgen zu erstrecken, wird nicht gefolgt. (...) Auf der jeweiligen Planungs- / Zulassungsebene sind nur die Festlegungen zu prüfen, die Gegenstand des jeweiligen Plans bzw. der Genehmigung sind.“

Diese Aussage ist wiederum in sich widersprüchlich. Da Gegenstand des im STK dargestellten BSAB der gesamte Abgrabungsbereich ist, müssen auf Ebene des Regionalplans auch die gesamten Folgen des innerhalb dieses Bereiches möglichen Abbaus auf das angrenzende FFH-Gebiet geprüft werden. Dabei ist hinsichtlich der von den Naturschutzverbänden aufgezählten möglichen Folgen des Abbaus zunächst im Rahmen einer Vorprüfung festzustellen, ob die Wahrscheinlichkeit oder die Gefahr besteht, dass der Plan einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen das betreffende Gebiet erheblich beeinträchtigt. Kann dies hinsichtlich eines bestimmten Aspekts offensichtlich – d. h. ohne vernünftige Zweifel – ausgeschlossen werden, kann dieser bei der nachfolgenden FFH-Verträglichkeitsprüfung außer Betracht bleiben (vgl. Möckel in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2. Aufl., § 34 Rn. 47 m. w. N.). Die Durchführung einer FFH-Vorprüfung ist nach der Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 29.09.2011, 7 C 21.09, Rn. 40; Urt. v. 18.12.2014, 4 C 35.13, Rn. 33) trotz fehlender Erwähnung im Gesetz ein obligatorischer Verfahrensschritt. Sie kann nicht durch die pauschale Aussage der Bezirksregierung ersetzt werden, bestimmte Folgen des Abbaus seien von der auf der Ebene des Regionalplans durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung von vornherein auszunehmen.

(2) Erfassungsaufwand

Zum im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung auf Regionalplanebene erforderlichen Erfassungsaufwand äußert sich die Bezirksregierung auf S. 148 der Synopse folgendermaßen:

„Auf Regionalplanebene ist eine detailgenaue Erfassung vor Ort nicht erforderlich. Auf dieser Planungsebene kann mit vorhandenen Daten gearbeitet werden. Im Rahmen möglicher zukünftiger Genehmigungsverfahren würden konkrete Kartierungen erforderlich. Für die Regionalplanebene sind die Daten des Standarddatenbogens des LANUV und die Gutachten der Firma Dykerhoff und Calcis ausreichend“

Und auf S. 218:

„Für die FFH-VP auf Ebene des Regionalplans ist eine Kartierung der Anhang II-Arten nicht erforderlich. Die Verwendung vorhandener Daten und eine Abschätzung aufgrund der betroffenen Habitatstrukturen ist auf dieser Planungsebene – anders als auf Genehmigungsebene – zulässig.“

Mit der im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführenden Bestandsaufnahme ist anhand verlässlicher und aktueller Daten Vorkommen und Zustand der im Gebiet geschützten Lebensraumtypen einschließlich repräsentativer charakteristischer Arten sowie der geschützten Arten zu bestimmen (Möckel in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2. Aufl., § 34 Rn. 80 m. w. N.). Die Ermittlung der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH-Gebiets allein anhand der Standarddatenbögen des LANUV dürfte diesen Anforderungen nicht genügen. Zwar kommt den Behörden bei der Frage, in welchem Umfang und mit welchen Methoden die Datenerhebung zu erfolgen kann, nach der Rechtsprechung eine Einschätzungsprärogative zu (BVerwG, Urt. v. 14.07.2011, 9 A 12.10, Rn. 62; Urt. v. 12.03.2008, 9 A 3.06, Rn. 75). Die Unterlagen, auf die die Verträglichkeitsprüfung gestützt wird, dürfen aber nicht lediglich einen summarischen oder punktuellen Charakter besitzen, sondern müssen die relevanten Gesichtspunkte umfassend berücksichtigen (OVG Bremen, Urt. v. 03.06.2009, 1 A 7/09, Beck-RS 2009, 39511; Ewer in: Lütkes/Ewer, BNatSchG, § 34 Rn. 26). Zudem sind Vor-Ort-Untersuchungen nach der Rechtsprechung regelmäßig nicht verzichtbar, um ein realistisches Bild von Anzahl und Zustand der geschützten Arten sowie ihrer Habitate zu erhalten (vgl. BVerwG, Urt. v. 06.11.2013, 9 A 14.12 Rn. 52; Möckel in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2. Aufl., § 34 Rn. 81). Eine faunistische Potenzialanalyse der Landschaft genügt nicht, da hierdurch vorgefundene Habitatstrukturen hinsichtlich ihrer Nutzung durch geschützte Arten über-

oder unterschätzt werden können, wodurch wiederum keine zuverlässige Abschätzung der potenziellen Beeinträchtigungen mehr möglich ist (BVerwG, Urt. v. 06.11.2013, 9 A 14.12 RN. 51 f.; Möckel in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2. Aufl., § 34 Rn. 83). Weshalb diese Anforderungen für eine auf Regionalplanebene durchzuführende FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht gelten sollen, ist nicht ersichtlich.

(3) Zu prüfende Schutzziele

(a) Lebensraumtypen

Zum Vorhandensein des LRT 91 E0* im Bereich der Quellen an der Sudenfelder Straße steht die Bezirksregierung auf S. 177 der Synopse ein:

„Bei den in der Stellungnahme angesprochen Quellbereichen an der Sudenfelder Straße kann es sich nur um den Bereich der auskartierten Kalktuffquellen (LRT 7220) handeln (BT-3813-7010.2002). (...) Der LRT wurde im Rahmen einer FFH-Nachkartierung 2002 großzügig abgegrenzt. Insbesondere im Umfeld der südlich gelegenen Quelle sowie entlang des abführenden Quellbaches ist tatsächlich der LRT 91E0* vorhanden. Im Bereich der Quelle auf ca. 0,1 ha. flächig, entlang des Quellbaches als schmaler Galeriewald ausgebildet. Einbezogen in die LRT-Abgrenzung ist zudem ein Bergahorn-Bestand, der nicht dem LRT 91 E0* zugeordnet werden kann.“*

Sowie weiterhin auf S. 179:

„Die Schutzzieldokumente des LANUV sahen zum Zeitpunkt der Erarbeitung nur die genannten Schutzziele vor. Im weiteren Verfahren werden die aktualisierten Dokumente des LANUV verwendet.“

Auf Ebene des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens ist die Frage der zulässigen Abbautiefe und einer möglichen Beeinträchtigung der LRT 7220 und 91E0* dezidiert zu ermitteln und zu bewerten.“*

Die Verlagerung der Ermittlung von Erhaltungszielen und möglichen Beeinträchtigungen auf die nachfolgende Genehmigungsebene ist nach dem oben Ausgeführten unzulässig.

(b) Artenspektrum

Hierzu schreibt die Bezirksregierung auf S. 211:

„Für die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf Ebene des Regionalplans ist lediglich die Berücksichtigung der Anhang-II-Arten, der wichtigsten charakteristischen Arten und der verfahrenskritischen planungsrelevanten Arten erforderlich. Auf dieser Ebene ist eine nachvollziehbare Abschätzung ausreichend. Auf Genehmigungsebene sind Kartierungen durchzuführen und in der ASP alle planungsrelevanten Arten und in der FFH-VP – neben den Anhang II-Arten – mögliche weitere für die LRT charakteristische Arten zu betrachten.

Auch für eine derartige Einschränkung des zu ermittelten Artenspektrums im Rahmen der FFH-Prüfung auf Regionalplanebene gegenüber der Genehmigungsebene sind keine Anhaltspunkte ersichtlich. Eine Abschätzung ist nach den oben ((2)) dargestellten Ermittlungsanforderungen in jedem Fall unzureichend.

(4) Überschreitung der Bagatellschwelle bei der Inanspruchnahme von Lebensräumen

Zur von den Naturschutzverbänden grundsätzlich abgelehnte Anwendung des Bagatellschwellenkonzepts von Lambrecht & Trautner für die Inanspruchnahme von Lebensräumen im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung schreibt die Bezirksregierung auf S. 201 lapidar:

„Die Gerichte erkennen den Fachkonventionsvorschlag des BfN (Lambrecht & Trautner 2007) zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP an (z.B. BVerwG, Urt. v. 12.03.2008, 9 A 3.06, Rn. 125).“

Dies trifft – trotz der wachsenden Kritik in der rechtswissenschaftlichen Literatur – zu, allerdings mit der Einschränkung, dass das Bundesverwaltungsgericht mittlerweile, um eine schleichende Verschlechterung durch eine Vielzahl von Vorhaben unterhalb der Schwelle zu verhindern, die Auswirkungen anderer Projekte und Pläne, die noch nicht realisiert, aber absehbar zu erwarten sind, bei den Bagatell- und Irrelevanzschwellen mit einbezieht (BVerwG, Beschl. v. 05.09.2012, 7 B 24.12, Rn. 12).

(5) Kohärenzsicherungsmaßnahmen

Zur von den Naturschutzverbänden vorgebrachten Kritik am Entwurf des STK enthaltenen Flächen- und Maßnahmenkonzept zur Kompensation und Kohärenzsicherung äußert sich die Bezirksregierung wie folgt:

„Details zu möglichen Kohärenzsicherungsmaßnahmen sind Gegenstand eines Genehmigungs- und nicht des Regionalplanverfahrens“ (S. 205).

„Für die Ebene der Regionalplanung ist die Darstellung eines Konzeptes von Kohärenzmaßnahmen, die grundsätzlich geeignet sind, ausreichend. Im Rahmen einer möglichen Genehmigung müssten im Detail wirksame Maßnahmen und geeignete Flächen nachgewiesen werden. Die entsprechenden Flächen müssten dann auch auf ihre Umsetzbarkeit (z. B. artenschutzrechtliche Konflikte) hin untersucht werden.“

Da die Ausnahme und somit die Darstellung neuer BSAB im STK nicht zum Tragen kommt, ist die Darstellung von Kohärenzsicherungsmaßnahmen im Regionalplan ohnehin nicht erforderlich“ (S. 223)

Sollte die im Rahmen des Regionalplanverfahrens nach den obigen Ausführungen richtigerweise durchzuführende FFH-Verträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis kommen, dass die Vertiefung zwar zu einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebietes führt, aber gemäß § 34 Abs. 3, 4 BNatSchG dennoch aus (zwingenden) Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses in Abwesenheit einer Alternative im Wege der Abweichungsentscheidung zuzulassen ist, müssten im Regionalplan gem. § 34 Abs. 5 BNatSchG entsprechende Kohärenzmaßnahmen vorgesehen werden. Die Ausgestaltung der Maßnahmen hat sich funktionsbezogen an der erheblichen Beeinträchtigung auszurichten, zu deren Ausgleich sie ergriffen werden (Ewer in: Lütkes/Ewer, BNatSchG, § 34 Rn. 69). Zwar billigt die Rechtsprechung der prüfenden Behörde bei der Maßnahmenauswahl eine Einschätzungsprärogative zu (BVerwG, Urt. v. 06.11.2013, 9 A 14.12), dies entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, ihre – zumindest nach aktuellem Kenntnisstand hohe Wahrscheinlichkeit der Wirksamkeit zum Ausgleich der – nach hiesiger Auffassung ebenfalls auf Regionalplanebene konkret zu ermittelnden – Beeinträchtigungen nachzuweisen (zu den Anforderungen an den Wirksamkeitsnachweis BVerwG, Urt. v. 06.11.2012, 9 A 17.11, Rn. 83). Ein Bündel allgemein geeigneter Maßnahmen ohne den Nachweis von Durchführbarkeit und Eignung reicht hierfür sicherlich nicht.

4. Fazit

Die Ausgleichsvorschläge der Bezirksregierung sind nicht geeignet, die in den Stellungnahmen der BI Pro Teuto und des Landesbüros der Naturschutzverbände vertretenen Rechtsauffassungen bezüglich der oben erörterten Themen in Frage zu stellen. Es sollte im Rahmen des bevorstehenden Erörterungstermins daher an den vorgetragenen Einwänden festgehalten werden.

Mit freundlichem Gruß


Dr. F. Niederstadt
Rechtsanwalt